

das Ministerium gesetzt. Wegen das Letztere hat der Kriegs-Minister sich offen erklärt, und wie wenig das Ministerium für eine Aufhebung des Adel-Instituts gestimmt ist, beweist folgende Thatsache. Die offizielle Wiener Zeitung hatte vor einigen Tagen einen Artikel gegen das Fortbestehen des Adels gebracht. In Folge dessen wurde durch Befehl des Ministeriums des Innern der Redakteur Eitelberger plötzlich seiner Stelle entsetzt und eine unbekannte GröÙe, Namens Seufert, als Redakteur eingesetzt. Dieser aber figurirt selbst nur als Strohmännchen einer andern bekannten Persönlichkeit, welche eigentlich das Blatt leitet. Man sieht daher mit Spannung den Schritten des Ministeriums entgegen, die es in Folge der erwähnten Reichstagsbeschlüsse thun wird. Ein großer Theil des Publikums glaubt die bevorstehende Auflösung des Reichstags als wahrscheinlich; während von andern Seiten der Rücktritt des Ministeriums in Aussicht gestellt wird. Daß aber das Ministerium sich sehr ernstlich mit den schwebenden Lebensfragen beschäftigt, beweist schon der Umstand, daß gestern die hier zurückgebliebenen Minister Schwarzenberg und Bruck schleunigst nach Olmütz berufen wurden und auch unverzüglich dahin abreisten.

Auffehen hat es erregt, daß der Reichstag Schmerling's Ansuchen um einen vierwöchentlichen Urlaub wegen seiner Mission in Frankfurt nicht bewilligt. Man hält dieses Votum für ein absichtlich antideutsches. Es hat den Anschein, als ob Schmerling in Folge dieses Beschlusses sein Mandat als Abgeordneter zum österreichischen Reichstage niederlegen werde. Sein Wahlbezirk ist für diesen Fall gewillt, für die Dauer von Schmerling's Anwesenheit in Frankfurt sich unvertreten zu lassen, und dann abermals Schmerling zu wählen. Das wäre eine sehr energische Protestation gegen den antideutschen Kammerbeschuß. — Da Doblhoff wegen seiner Ernennung zum Gesandten im Haag sein Mandat niedergelegt hat, so steht auch dem zweiten Wahlbezirk Wiens eine neue Wahl bevor. Bis jetzt ist sie aber noch nicht ausgeschrieben.

Große Heiterkeit erregen hier immer die von Welden überarbeiteten Kriegsbulletins aus Ungarn, nicht sowohl wegen des eigentlichen Inhalts, als wegen der jedesmal hintangehängten Schlußbetrachtungen. Wenn z. B. einmal eine Kompagnie Italiener oder Polen auf Kommando oder aus eigenem Antriebe den Kaiser hoch leben läßt, so wird daraus die Schlußfolgerung gezogen: „daß allen Zweiflern zum Troste ein starkes Defeich bestehen wird nun und immerdar!“ Besonders ergötzlich war das gestrige Bulletin, worin es nach Aufzählung aller bisher in Ungarn erkämpften Siege unserer Armee unter Anderem heißt: „Daß im Angesichte dieser amtlichen Thatsachen dennoch böswillige Buben schlechte Gerüchte austreuen, ist begreiflich, daß aber gut sein Wollende solchen Gerüchten Glauben schenken — ist unbegreiflich!“ Beachtenswerth sind auch die in der Wiener Zeitung enthaltenen Beschreibungen der steckbrieflich verfolgten ungarischen Insurgentenfamilien. Von der Frau Kossuth's wird als Kennzeichen angegeben: „daß sie hochmüthig und schlank gewachsen sei, aber keine besonderen Beschäftigungen habe!“ Von Pulszky heißt es unter Anderem: „daß er im Sommer den Hemdkragen immer umgeklappt trage.“ Es ist nicht zu zweifeln, daß man ihm nach diesem Sommer-Merkmale im Winter auf die Spur komme! D. R.

S. Delbrück, 22. Jan. Von den 30 im Lande Delbrück gewählten Wahlmännern sind kaum drei s. g. Demokraten, alle übrigen aber entschiedene Freunde eines freien Bürgerthums auf dem Boden des Gesetzes.

Gewählt sind:

für Delbrück: Vicar Köhne, Kaufmann Engelbert Brenken, Chirurg Menger, und Bürger Diedrich Hartmann,
für Dorfbauerschaft: Vorsteher Schlingmann, Colon Mühlens, Neubauer Gerling, Colon Knickmann und Colon Petermeyer,
für Hagen: Lehrer Bogt, Vorsteher Colon Aufel, und Colon Westermeyer,
für Westerloh: Lehrer Haimann, Vicarius Büscher, Colon Niggeweg, Colon Laumeyer, Neubauer Hagenbrock, und Vorsteher Kellmann.
für Westenholz: Pastor Klaes, Kaplan Dopp, Vorsteher Schalk, Colon Rickermeier, Colon Hölting, und Colon Vogel,
für Ostenland: Vorsteher Krukemeier, Deconom Hapig, Colon Relard, Colon Beringmeyer, Colon Stefensmeyer, und Colon Mainard.

(Ähnliche Nachrichten gehen uns von verschiedenen Seiten zu, wir halten es aber für angemessen, die Wahl der Deputirten selbst abzuwarten und dann zu berichten.)

Frankreich.

** Während äußerlich in der innern Staatsverwaltung und für die Frage von Krieg und Frieden die Sachen ganz so wie bisher stehen, geht der Krieg unter den Partheien im Geheimen und in der Nationalversammlung fröhlich weiter. Wer hiebei im Klaren bleiben will, hat daran festzuhalten, daß Frankreich im

Großen im Februar 1848 nicht daran gedacht hat, die Monarchie abzuschaffen und die Republik anzunehmen. Es war eine republikanische Parthei in Paris allein, welche sowohl die Hauptstadt, als demnächst auch das ganze Land mit der Republik überraschte. Als das Land, und selbst Paris einigermaßen zur Besinnung kam, konnte sich die, aus den Häuptern der revolutionären Parthei hervorgegangene provisorische Regierung nicht halten. Der blutige Kampf im Juni 1848 mit den Häuptern der sogenannten rothen Republik ist bekannt. Auf denselben folgte die Militärherrschaft Cavaignac's; auch dieser konnte sich gegen die Stimme des Landes nicht halten. Unter 7 Millionen Urwähler haben sich über fünf Millionen gegen die republikanische Regierungsform ausgesprochen. Dies haben sie dadurch gethan, daß sie dem Neffen des Kaisers Napoleon, Ludwig Napoleon, einem nach dem allgemeinen Anerkennnisse ganz unfähigen, wiewohl ehrgeizigen und nach der Herrschaft strebenden Manne, die Stimme zum Präsidenten der Republik gegeben haben.

Einer der Hauptpartheiführer der Republikaner, welcher sich zur Belohnung für seine Mühen im Februar 1848 eine Hauptstelle in der provisorischen Regierung und das Ministerium des Innern genommen hatte, Ledru-Rollin, merkte bald, daß es mit der Liebe zur Republik in Frankreich schlimm stehe. Da es ihm nun nichts weniger als darauf ankam, daß die wahre Stimme des Landes hervortrete, so schickte er in alle Departements und Städte des Landes Commissäre, welche auf die Wahlen zur Nationalversammlung Einfluß üben sollten. Den Gegnern der Republik kommt es jetzt vor allem darauf an, diese Nationalversammlung aufgelöst zu sehen. Sie glauben, daß bei einer Neuwahl eine große Mehrheit monarchisch gesinnter Leute in die Kammer kommen werden. Der Antrag, welcher auf die Auflösung der Kammer gerichtet ist, ist von einem Bonapartistisch gesinnten Deputirten, Râteau, gestellt, und wie wir schon berichtet haben, soll derselbe nach einem Mehrheitsbeschlusse der Nationalvers. zur Berathung gezogen werden. Jetzt scheint jedoch die National-Versammlung sich nicht so ohne Weiteres nach Hause begeben zu wollen, wie man nach dem vorgestrichen Votum glaubte. Die heutige Sitzung der National-Versammlung, mehr noch die Diskussion in den Bureaux und die danach folgende Wahl der Kommissionsmitglieder, thut zur Genüge dar, daß der Kommissionsbericht die Proposition Râteau gradezu zurückweisen wird um daß in der Plenar-Versammlung diese Zurückweisung wenigstens nicht unwahrscheinlich sein dürfte. Man hat also die Aussicht, nicht allein nicht weiter zu kommen, sondern die Frage noch mehr und zwar dergestalt verwickelt zu sehen, daß nur ein scharfer Hieb sie wird durchhauen können. Was soll daraus aber weiter folgen? Schon malt man sich wieder die schwärzesten Stürme aus. Und es scheint in der That, als ob die Majorität der National-Versammlung es zum Bruche wolle kommen lassen. Zu leugnen ist nicht, daß die Partei des Palais National und die Partei des Berges, obgleich sie, vereint, in der National-Versammlung die Majorität haben, in der Regierung gar nicht vertreten, also von jeglichem Einfluß auf die Exekutivgewalt ausgeschlossen sind; und eben so natürlich ist es auf der andern Seite, daß sie nach diesem Einfluß ringen, daß sie für diesen Zweck, jedes Mittel in Bewegung setzen. Sie halten die Republik in Gefahr. Dies ist freilich ein Grund, ein Vorwand, der nicht durchgreifen kann. Spricht sich die Volkssouverainetät, deren Prinzip die National-Versammlung ja ohne Widerspruch anerkennt, bei den neuen Wahlen durch die Wahl von ächten Republikanern unterholen für die Republik aus, so hat ja die jetzige National-Versammlung allen Grund, zufrieden zu sein; geschieht dies nicht, fallen die neuen Wahlen vielmehr monarchisch, bonapartistisch, oder royalistisch aus, so hat die gegenwärtige National-Versammlung wenigstens keinen Grund ihre Unzufriedenheit mit der unerwünschten Aeußerung des allgemeinen Stimmrechts oder der Volks-Souverainetät offen auszusprechen. Man sieht, das allgemeine Stimmrecht aus dem die jetzige republikanische National-Versammlung hervorgegangen ist, erscheint dieser eben so wenig als eine Wahrheit, wie die Charte von 1830 den ehemaligen Konstitutionellen. Der Eigennutz, die Parteilucht tritt überall hervor. Die republikanische Partei sieht, um es geradezu herauszusagen, ihre eigene Existenz gefährdet, wenn sie jetzt das Feld räumt; ihr Organ, der National, spricht dies ohne Rückhalt aus. „Man muß, sagt er, die Freude aller dieser Feinde der Republik sehen, seitdem die National-Versammlung beschlossen hat, die Proposition Râteau zu diskutieren. Dieses Votum aber verpflichtet durchaus zu nichts. Vielmehr ist beschlossen worden, daß die Versammlung eine Proposition, die ihre eigensten Interessen so nahe angeht, in sorgfältiger Berathung ziehe. Sie hat sich noch keinen Zaum angelegt, sie kann noch die Proposition verwerfen, und wir hoffen in der That, daß sie dieselbe verwerfen wird. Sie weiß zu wohl, zu welchem Ende man ihre Abdankung von ihr verlangt. Niemand kann noch voraussehen, von welchem Geiste die höchste Versammlung besetzt sein wird. Aber man weiß zum Voraus, daß keine loyalen in ihren Intentionen, fester in ihren Prinzipien und besser republikanisch sein